

## Der deutsche Volkswagen

eine gewaltige Aufgabe zu erfüllen haben. Wenn wir bisher diese Aufgabe nicht mit jener Kraft vorwärtsgetrieben zu haben scheinen, wie Sie das auf anderen Gebieten sicherlich bemerkt haben werden, dann lagen hier zwei Gründe vor.

1. Es war selbst bei höchster Steigerung unserer nationalen Automobil-Produktionsfähigkeit erst nach Jahren zu erwarten, daß die an sich vorhandene mögliche Kaufkraft unseres Volkes auf diesem Gebiet vollkommen befriedigt werden könnte. Das heißt wir haben bisher noch Käufer-schwächen gehabt, die von unserer normalen Automobil-Produktion erst gefüllt werden mußten. Mehr zu produzieren, als diese Käufer-schwächen aufzukaufen in der Lage waren, erschien aus vielerlei Gründen, die mit der Schwierigkeit der Anfertigung solcher Produktionen in maschineller und personeller Hinsicht zusammenhängen, unmöglich. Tatsächlich konnte auch die bisherige auf das höchste gesteigerte Produktion an Automobilen der vorhandenen Werke den schon jetzt geforderten Ansprüchen kaum gerecht werden. Es ist aber klar, daß eines Tages ein Zustand eintreten muß, in dem unsere heute schon vorhandene Automobilproduktion den möglichen Bedürfnissen restlos genügt und eine Steigerung nur dann denkbar wird, wenn eine ganz neue, ziffernmäßige viel breitere, einstellmässige aber auch viel niedrigere liegende Käufer-schwäche erschlossen wird. Diesem Zeitpunkt nähern wir uns, und daher wird nunmehr mit dem Bau der gewaltigen deutschen Volkswagenfabrik begonnen werden.

2. Es wurden diese vier Jahre verwendet, um in fortgesetzter Verbesserung allmählich einen Typ zu entwickeln, der unserer Ueberzeugung nach nicht nur in der Preisfrage den gewünschten Bedingungen entspricht, sondern der vor allem auch in der Leichtigkeit seiner Produktion die Möglichkeit bietet, mit einem Minimum an Arbeitskräften ein Maximum an Wirkung zu erzielen. Das Modell, das sich nun aus der jahrelangen Arbeit Dr. Porsche's herauskristallisiert hat, wird auch in diesem Jahre einer fortgesetzten und erhöhten Prüfung unterworfen werden.

Ich bin daher überzeugt, daß dieser Wagen nach seinem Erscheinen auch dem deutschen Käufer eine hundertprozentige Befriedigung gewähren wird. Zwei Tatsachen aber möchte ich auf Grund der jetzt vorliegenden Erfahrungen erwähnen.

1. Schon aus der jetzigen Produktion ist zu ersehen, daß der Käufer des Automobils im allgemeinen immer befreit ist, so wie es sein Einkommen ermöglicht, von den billigen Wagen zu den teureren, weil natürlich besseren, überzugehen. Und
2. die Tatsache, daß eine weitere Zunahme von Käufern für Wagen, in der wenn auch billigen, aber jetzt allein möglichen Preisfrage nicht mehr zu erwarten ist.

So wird erst der deutsche Volkswagen, ohne die schon vorhandene Produktion im geringsten zu berühren, eine zusätzliche gewaltige Steigerung der deutschen Motorisierung mit sich bringen. Er wird dem Automobil-Milionszahl neuer Käufer mit geringen Einkommensverhältnissen erschließen, und er wird dabei — wie die Erfahrung zeigt — natürlich immer wieder einen Teil davon abgeben an jene Produktion, die auch heute schon ihre Käufer besitzt.

Nach weiteren Ausführungen, über die wir morgen eingehend berichten werden, dankte der Führer Verab Rossmeyer und seinen Kameraden für ihren Einsatz und machte Mitteilung von der Stiftung eines Motorsportabzeichens. Die für die kommende Arbeit an der weiteren Motorisierung Deutschlands Richtung weisende Rede des Führers wurde von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen.

Zum Schluß brachte Dr. Goebbels das Siegel auf den Führer aus. Nach dem Ausmarsch der Feldzeichen des NSKK, öffnete sich langsam der riesige Vorhang und ließ den Blick frei in die Halle I, in der die Wunderwerke der Automobilindustrie an Personenkraftwagen sichtbar wurden. Der Führer betrat, während das Lied „Volk ans Gewehr“ erklang, die Automobilansammlung zur ersten Besichtigung.

### W.S.W.-Veranstaltung beim Führer.

Berlin, 18. Febr. Der Führer hat gestern abend im Rahmen einer musikalischen Veranstaltung führende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft in seinem Hause empfangen. Im Dienste des Winterhilfswerkes hatten ihre Kunst zur Verfügung gestellt die Kammerfängerinnen Erna Berger, Martha Fruch, Margarethe Klose, Liana Lemmich, Margret Pfahl sowie Frau Marie-Luise Schilp und Frau Tressi Rudolph; ferner die Kammerfänger Rudolf Bodelmann, Walter Ludwig, Prof. Joseph v. Manowarda, Selge Roswaenge, Heinrich Schlusnus, Franz Böcker sowie Karl Schmitt-Walter und Prof. Michael Raucheisen. Aus freiwilligen Spenden der Gäste dieses Abends ergab sich ein Betrag von rund 1 073 711 Reichsmark, den die Künstler dem Winterhilfswerk überwiesen haben.

### Berliner Studententag.

Berlin, 18. Febr. Den Höhepunkt und Abschluß des Berliner Studententages bildete gestern abend eine Kundgebung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und der NS-Studenten-Kampfbünde. Der Reichsstudentenführer Dr. Scheel sprach über die Einigung des Studententums in organisatorischer und geistiger Hinsicht. Minister Ruff rief den alten Akademikern zu: „Gehen Sie voran in dieser Zeit, das verlangt Deutschland heute von denen, die sich Akademiker nennen!“

### Der französische Botschafter bei Ribbentrop.

Berlin, 17. Febr. Der französische Botschafter Francois Pontet hat heute seinen ersten Besuch bei Reichsminister v. Ribbentrop gemacht. Bei dieser Gelegenheit wurden alle Fragen der Außenpolitik, soweit sie die beiden Länder betreffen, besprochen.

Bukarest, 17. Febr. Auf dem Nordbahnhof wurden die tschechoslowakischen Juden Weiß und Kay festgenommen, in deren Gepäck versteckt sich Goldstücke und Devisen im Werte von 2 Millionen Reich (50 000 RM) befanden. Die beiden gehören einer Schmugglerbande an, die bereits für mehr als 80 Millionen Reich (750 000 RM) Devisen verschoben hat.

## Rom begrüßt die Neuordnung in Oesterreich.

Rom, 17. Febr. Die halbamtliche „Informazione Diplomatica“ wendet sich gegen die im Zusammenhang mit der Begabung Hitler-Schuschnigg in der ausländischen Presse erschienenen Mutmaßungen über die italienische Haltung und schreibt dazu: Hier betrachtet man die Begabung von Berchtesgaden und die Beschlüsse des Bundeskanzlers Schuschnigg als den natürlichen Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich. Die faschistische Regierung war und ist immer der Ansicht, daß das heraldische Zusammenleben und die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten nicht nur den unabänderlichen, von der Realität gegebenen Voraussetzungen entspricht, sondern auch jenen Voraussetzungen, die die wesentlichen Interessen des Friedens und der Ruhe in Mitteleuropa sind. Diese Interessen hat Italien beständig gegen alle Versuche geschützt und verteidigt, in Mitteleuropa die Reime eines Konflikts entstehen und sich entfalten zu lassen. Italien hat das Werk verfolgt und unterstützt, das in vollem Einvernehmen mit ihm Bundeskanzler Schuschnigg mutig durchgeführt hat, und das ihm die Sympathien aller einbringen sollte, die in Europa einer Politik der Verständigung und des Friedens wirklich günstig gegenübersehen.

### Ebenso Budapest, Belgrad und Sofia.

Budapest, 17. Febr. Der „Pester Lloyd“ schreibt: Das Ergebnis der Verhandlungen entspricht durchaus dem Geiste und dem Buchstaben des deutsch-österreichischen Juliabkommens. Die Ergebnisse vom 12. Februar können und dürfen nur als bedeutende Friedensstatu gemertet werden. Sie sollen zur Lockerung von Spannungen dienen und dadurch auch auf die gesamtpolitische Situation des Donauraumes günstig einwirken.

Belgrad, 17. Febr. „Samouprava“, das Zentralorgan der Regierungspartei, erklärt: Oesterreich hat sein verlorenes Gleichgewicht wiedergefunden, und dieser Umstand kann uns und alle seine Nachbarn nur erfreuen. Die Beruhigung der Geister in Oesterreich bringt einen ruhigen Ton in den ganzen Donauraum.

Sofia, 17. Febr. „Slava“ schreibt, die in Paris und London herrschende Unruhe über die jüngsten Vorgänge sei erklärlich, da man gerade in diesen beiden Hauptstädten stets um die so „Unabhängigkeit Oesterreich“ besorgt zu sein vorgebe. Dort wolle man noch nicht einsehen, daß das durch die Friedenspolitik geschaffene Oesterreich ein unmögliches künstliches Gebilde sei, das der nationalen Sehnsucht des deutschen Volkes in Oesterreich zuwider laufe. Dieses Volk wünsche den Frieden mit Deutschland und darüber hinaus auch seine Einordnung in das Regime des großen Bruder-volkes im Reich.



Schj-Quart in Berlin.

Auf dem Anhalter Bahnhof wurde der neue österreichische Innenminister von Gruppenführer Staatssekretär Dr. Reppler begrüßt. (Scherl Bilderdienst — M.)

### Uebersetzung der Führerrede auf die österreichischen Sender?

Wien, 17. Febr. Der Bundestag ist für den 24. Februar einberufen worden. Dr. Schuschnigg wird zu den Berchtesgaden-Abmachungen das Wort ergreifen. — Wie die Blätter melden, dürfte die Rede des Führers am Sonntag von den österreichischen Sendern übernommen werden. Eine endgültige Entscheidung sei noch nicht getroffen.

Wien, 17. Febr. Der Bundesminister für Unterricht, Dr. Pernter, hat eine Amnestie für alle Hochschul- und Schüler der an mittleren und niederen Lehranstalten erlassen, die wegen politischer Vergehen eine Disziplinarstrafe erhalten haben. — Die Entlassungen der politischen Gefangenen begannen heute mittag. Vor den beiden Landesgerichten kam es zu Szenen des Weibesehens und der Freude.

Die „Reichspost“ schreibt: Es ist wahrlich nichts Geringes, wozu sich Oesterreich verstanden hat. Die Umwidmung der Bundesregierung unter Berufung eines Politikers, der das Vertrauen des Nationalsozialismus in seine nationale Gesinnung mit dem Bekenntnis zum Oesterreich der Maiverfassung und der Vaterländischen Front vereint, an die Spitze des Ministeriums für Inneres und Sicherheitswesen, stellt ein so vertrauensvolles Entgegenkommen von Staat zu Staat dar, daß es schwerlich ein geschichtliches Vorbild geben dürfte.

### Bühnenliche Ent.

London, 17. Febr. Die von „Daily Telegraph“ und vom „Daily Herald“ gebrachte Mitteilung, daß Schuschnigg England und Frankreich „um Hilfe“ (11) ersucht habe, wird von zuständigen Stellen als unrichtig bezeichnet. Eben erklärte

hierzu im Unterhause, daß der britische Gesandte in Wien am Vorabend der Berchtesgaden Zusammenkunft von deren Stattfinden unterrichtet war. Jedoch seien die Anstöße über der Rat der englischen Regierung nicht erbeten worden.

### Eine etwas eigenartige Erklärung.

London, 18. Febr. Im Anschluß an die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Unterhauses wurde eine amtliche Mitteilung ausgegeben, in der von einer „positiveren Haltung Englands in Europa“ die Rede war. Nach der Sitzung wurde erklärt, dies solle nicht bedeuten, daß die britische Regierung in Europa eine schärfere Politik einschlagen wolle und daß man sich für irgendwelchen gewaltmäßigen Griff der britischen Regierung ausgesprochen habe. Man habe damit lediglich ausdrücken wollen, wie wünschenswert es sei, daß das Ansehen Englands in europäischen Angelegenheiten aufrecht erhalten werden solle.

### „Die Zeit drängt.“

„Lavoro Fascista“ für schnelle Erfüllung der deutschen Kolonialforderungen.

Rom, 17. Febr. Dem deutschen Kolonialanspruch widmet „Lavoro Fascista“ unter der Überschrift „Die Zeit drängt“ einen Aufsatz seines Berliner Vertreters. Nach Aufzählung und Zurückweisung der fastjam bekannten Ausreden, deren man sich in England und Frankreich bedient, um einer Inangriffnahme der Frage auszuweichen und sie auf die lange Bank zu schieben, betont der Verfasser, man könne seit einem Jahre einen gewissen Fortschritt verzeichnen, nachdem Ribbentrop als Botschafter in London immer wieder unerträglich diese Takte angeschlagen habe. Auch Lord Halifax habe nach seiner Erkundungsreise London berichten müssen, daß Ablenkungsmanöver durch Vorschleichen anderer Probleme nicht mehr möglich seien. So habe England zwar, wenn auch widerwillig, die Dringlichkeit des Problems zugeben müssen, aber im gleichen Atemzuge mit der Erklärung, daß die Aussprache eröffnet sei, praktisch jede Verhandlung verschoben mit der Behauptung, die Frage gehe nicht ausschließlich England an, sondern müsse von allen interessierten Staaten geprüft werden. Von England, Frankreich, Belgien und Japan, die allein für eine Erstattung der ehemaligen deutschen Kolonien in Betracht kommen könnten, seien aber nur die beiden ersten Länder mächtig, während die beiden zuletzt genannten praktisch nicht ins Gewicht fallen. Auch könne man weder Holland noch Portugal und umso weniger Italien in die Diskussion mit hineinziehen. Dies habe schon der Führer seinerzeit ausdrücklich festgelegt mit seiner Erklärung, daß Deutschland nichts von den Ländern verlange, die ihm nichts abgenommen hätten, und daß seine Ansprüche nur jene Länder betreffen, die Deutschland seinerzeit seine Kolonien geraubt hätten. Diese offene Feststellung sei aber eine Mahnung dahingehend, daß sich das Reich für voraussetzende Versuche, auf Kosten Dritter entschuldigend zu werden, nicht hergibt. Damit werde auch der verlorene Verwandt hinfallig, den England vorzöge, um sich in den Besitz der portugiesischen Flottenstützpunkte zu setzen, nämlich daß es Portugal dadurch gegen den „Bandhunger“ des Nationalsozialismus besser schützen könne.

Man braucht wohl kaum, so schreibt der Vertreter des „Lavoro Fascista“ weiter, den tatsächlichen Wert des Kolonialwertes nochmals zu unterstreichen. Die Heuchelei der Westmächte kann umso weniger entschuldigend werden, wenn man bedenkt, daß Frankreich und England, das heißt gerade die Mächte, die von Zeeland beauftragt haben, ein System für eine internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete auszuarbeiten, es sind, die sich weigern, Deutschland eine gleichberechtigte wirtschaftliche Stellung einzuräumen und durch Fortsetzungsschwierigkeiten versuchen, ein 70-Millionen-Volk, das auf höchster technischer und geistiger Höhe steht, zu unterjochen.

Außerdem, so erklärt der Verfasser, sei aber im Rahmen der Kolonialfrage eine schwere Beleidigung des gesamten deutschen Volkes wieder gutzumachen, indem man mit der Kolonialschuldfrage aufräume. Indem der Nationalsozialismus die Frage ganz richtig auf den Boden der nationalen Ehre gestellt hat, sind die beiden Demokratien gezwungen, ein schweres Unrecht wieder gutzumachen, wenn sie nicht beweisen wollen, daß ihnen auch jenes Mindestmaß an guten Willen und an Gerechtigkeitsinn fehlt, das zur Aufrechterhaltung korrekter Beziehungen zwischen Kulturvölkern unerlässlich ist. Es handelt sich darum, zwischen einem auf kolonialem Gebiet bedrücktem Deutschland, das ohne Sorge in die Zukunft sehen kann, und einem Deutschland ohne Rohstoffe und Absatzmärkte zu wählen, dem man täglich das Schauspiel überalterter und habgieriger Nationen bietet, die ihm nur Abfälle von ihrem Schlemmermahl zutommen lassen möchten.

### Britisches Selbstbekenntnis.

London, 17. Febr. Im Oberhaus wurde die außenpolitische Aussprache fortgesetzt. Lord Lothian kam auf die deutsche Frage zurück und erklärte, er glaube, daß die Verantwortung der Vereinigten Staaten und Englands dabei größer sei als die Frankreichs. Man habe Deutschland davon überzeugt, daß der einzige Weg zur Aenderung von Zwangsverträgen der sei, die Macht zu haben, eine beratige Aenderung zu erzwingen. Weil aber Deutschland ein totalitärer Staat sei, gebe man ihm das nicht, was er wünsche. England müsse zugeben, daß es selbst zum großen Teil für die Tragödie verantwortlich sei, der es sich jetzt gegenübersehe. Der Sprecher der Opposition Lord Ennill, betonte, er wolle Deutschland wieder als Kolonialmacht sehen. England müsse, soweit es könne, einen eigenen Beitrag liefern, um die deutschen Beschwerden abzumildern. Lord Allen of Hurtwood meinte, das Kolonialproblem könne man nicht dadurch lösen, daß man Kolonien einfach wie Karten weitergebe. Die Kolonialfrage könne in diesem Stadium nur als Teil einer Allgemeinregelung angesehen werden. Lord Halifax, der für die Regierung sprach, brachte den Wunsch Englands nach Frieden und Weltbefriedigung zum Ausdruck. England sei auch bereit, dazu einen Beitrag zu liefern.

Mexiko, 17. Febr. Im Staate Guerrero verübte eine 200 Mann starke Räuberbande einen Raubüberfall auf die Ortstadt Quiza, um die Einwohner auszuplündern. Fünf Stunden kämpften diese gegen die Räuber, bis es ihnen gelang, sie in die Flucht zu schlagen.